

Friedenspolitik im Schatten des Krieges in der Ukraine einschließlich der geringen Möglichkeiten gewaltfreier Politik

Von Prof. em. Dr. Egbert Jahn

Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim, Lehrbeauftragter am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Forschungsschwerpunkte: Nationale Bewegungen und Nationalstaatsbildung, Friedenspolitik seit dem 19. Jahrhundert. Autor der Bücher Politische Streitfragen, 4 Bände, (Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Wiesbaden 2008, 2012, 2014, engl. 2015) und Frieden und Konflikt (Verlag für Sozialwissenschaften, 2012). Herausgeber der drei Bände Nationalismus im spät- und postkommunistischen Europa (Nomos 2008/09, auch engl. und russ. Rosspen 2010). Kontakt: e.jahn@em.uni-frankfurt.de

Zusammenfassung

Der 2015 in Minsk vereinbarte Waffenstillstand in der Ostukraine hat den Krieg in Europa nicht beendet. Am 24. Februar 2022 begann Russland eine umfassende militärische Offensive mit dem Ziel, die Ukraine zu „entmilitarisieren“ und zu „entnazifizieren“, d. h. dort ein Regime zu etablieren, das sich mit Russland eng verbündet und Teile seines Territoriums an den Aggressor abtritt. Seither beherrschen die Kriegspolitik des Angreifer-Staates und des Verteidiger-Staates sowie die Kriegsunterstützungspolitik der NATO, der EU und anderer Demokratien für die Ukraine die internationale Politik. Der

vehemente Widerstand der ukrainischen Armee und Bevölkerung verhinderte eine rasche Einnahme Kiews und großer Teile des Landes. Seit der sechsten Kriegswoche konzentriert sich Russland auf die Eroberung des Ostens und Südens der Ukraine. Es ist nunmehr mit einem sehr langen Krieg zu rechnen, in dem vermutlich keine der beiden Kriegsparteien ihre maximalen Kriegsziele erreichen wird.

Friedenspolitik hat zwei Aufgaben. Zuerst ist ein Waffenstillstand zu schließen, erst danach ist an eine neue internationale Sicherheitsstruktur und

Friedensordnung zu denken. Erst nach vielen Zehn- und vielleicht Hunderttausenden Kriegstoten ist eine beiderseitige Kriegsmüdigkeit zu erwarten, die einen Waffenstillstand an einer heute noch nicht bestimmbar Front im Südosten der Ukraine möglich macht. Er kann wohl nur von starken konservativ-nationalen Politikern beschlossen werden. Die Friedensbewegung kann hierzu nur einen kleinen Beitrag leisten. Somit ist erneut mit einem „eingefrorenen Konflikt“ entlang einer veränderten militärischen Demarkationslinie zu rechnen. Ein Regimewechsel in Russland infolge einer demokratischen, Frieden fordernden Volksbewegung ist unwahrscheinlich. Eine Ablösung Putins vom Präsidentenamt durch Russlands Machtelite ist zwar denkbar, ändert aber nichts grundsätzlich an dem putinistischen autokratischen System, das seine Positionen auf der Krim und wohl auch im Donbass nicht aufgeben wird.

Die Annahme, dass alle postkommunistischen Länder sich nach und nach demokratisieren, nachdem sie in die kapitalistische Weltwirtschaft mit ihren Institutionen integriert wurden, hat sich als falsch erwiesen. Einige Länder haben neue autokratische Regime hervorgebracht, die sich durch die westliche Demokratie bedroht sehen und miteinander verbünden. Das führt zu einem neuen, weltweiten politischen System-Konflikt, der sich in mancher Hinsicht vom historischen Ost-West-Konflikt unterscheidet. In ihm werden derzeit neue militärische

Demarkationslinien zwischen den Demokratien und den Autokratien gezogen. Der internationalen Politik stellt sich die Aufgabe, erneut eine friedliche Koexistenz zwischen ihnen zu etablieren. Dazu werden in diesem Beitrag einige als realisierbar erscheinende Vorschläge unterbreitet.

1. Von der Kriegs- und Kriegsunterstützungspolitik zu einer Politik der Kriegsbeendigung und der Friedensbildung

Seit 2014 herrscht wieder Krieg in Europa, acht Jahre lang auf einem niedrigen und räumlich eng begrenzten Niveau in der Ostukraine, der bis 2021 etwa 14.000 Menschenleben kostete. Der in Minsk vereinbarte Waffenstillstand konnte ihn nicht beenden. Er änderte nichts an der unblutigen, völkerrechtswidrigen Annexion der bis dahin Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol und ihrer völkerrechtswidrigen Eingliederung in die Russländische Föderation. Er änderte auch nichts an der Konstitution der beiden international und auch von Russland zunächst nicht anerkannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk¹ auf einem Drittel des Gebiets der Bezirke (oblast') Donezk und Lugansk durch ostukrainische Separatisten mit Hilfe inoffizieller russländischer Soldaten und Waffenlieferungen.² Am 24. Mai 2014 vereinigten sich die beiden Volksrepubliken zu dem „Staat Neurussland“ (*Novorossija*), dem sich nach Vorstellungen des Donezker „Volksouverneurs“ Pawel Gubarew sechs weitere

südostukrainische Bezirke anschließen sollten.³ Als Neurussland wurden nach 1764 die Gebiete nördlich des Schwarzen Meeres bezeichnet, die Katharina die Große im Krieg gegen das Osmanische Reich errungen hatte. Für die Gebiete weiter nördlich in der heutigen Ukraine wurde die Bezeichnung Kleinrussland im Russischen Kaiserreich gebraucht.

Einen Tag nach den Olympischen Winter-Spielen in Peking erkannte Moskau am 21. Februar 2022 die beiden Volksrepubliken an, die das gesamte Gebiet der beiden Bezirke beanspruchen. Diese haben beide je 27.000 qkm Fläche (sind also umfangreicher als Hessen) und 4,4 bzw. 2,2 Millionen Einwohner. Zugleich kündigte Moskau an, einen „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Beistand“ mit den beiden Volksrepubliken abzuschließen, der die Entsendung von „friedenserhaltenden“ Truppen (*po podderžaniju mira*) an sie vorsah.⁴ Drei Tage später begann Russland einen zur militärischen „Spezialoperation“ verharmlosten Krieg gegen die ganze Ukraine, die nach dem Willen Präsident Putins „entmilitarisiert“ und „entnazifiziert“ werden soll, da sie seit acht Jahren einen „Genozid“ an den Russen und russischsprachigen Ukrainern im Osten der Ukraine vollführe. In Kiew herrsche eine von den USA und der NATO etablierte „Neonazi-Junta“, die 2014 nach einem „Putsch“ in Kiew das „Majdan-Regime“ errichtet habe. Dieses habe die Ukraine zu einem „Antirusland“ umgestaltet.⁵ Die Spezialoperation solle die ethnischen Russen, die russischsprachigen Ukrainer und auch alle anderssprachigen Ukrainer von der Herrschaft der „drogensüchtigen“

Neonazi-Junta befreien. Russen und Ukrainer (und selbstverständlich auch die Weißrussen bzw. Belarusen) seien Teile eines gemeinsamen (pan-)russischen Volkes, so dass ein ukrainischer Staat (dessen Existenzrecht Putin nicht leugnet) nur eine enge Bindung an Russland pflegen, aber sich keinesfalls an den Westen, die EU oder gar die NATO anschließen dürfe.⁶

Zurzeit gibt es keine öffentliche Diskussion über eine Friedenspolitik in Europa, denn die ständigen Appelle in der ganzen Welt, Russland solle sofort seinen Aggressionskrieg beenden und seine Truppen aus der ganzen Ukraine zurückziehen, können keine tatsächlich friedensbildende Politik ersetzen. Tatsächlich bestimmt in diesen Wochen Kriegspolitik weitgehend das Weltgeschehen. Das ist in erster Linie die Angriffskriegspolitik Russlands und die Verteidigungskriegspolitik der Ukraine, die sich katastrophal auf die weltweite Energieversorgung, die Finanzmärkte und vor allem auch auf die Belieferung vieler Länder in Afrika und Asien mit überlebensnotwendigem Getreide aus den beiden kriegführenden Ländern auswirken. Das ist zudem die Verteidigungskriegsunterstützung durch die NATO, die EU und andere demokratische Staaten. Dazu dienen intensiver politisch-moralischer Beistand, ausgiebige Waffenlieferungen, Satelliten- und Luftbilder von russländischen Armeestellungen, vielfältige finanzielle und andere Hilfen für die ukrainische Gesellschaft sowie scharfe Sanktionen, die die Wirtschaft Russlands schwer schädigen. Diese beträchtliche westliche Unterstützung des Verteidigungskrieges der Ukraine⁷ ist zweifellos

ein wichtiger Faktor, weshalb dieses Land noch nach acht Wochen verheerenden Krieges (Stand der Dinge am 21. April 2022) militärischen Widerstand leistet, auch wenn der von Russland wie vom Westen unerwartete Widerstandswille der ukrainischen Gesellschaft und die militärische Widerstandsfähigkeit der ukrainischen Streitkräfte ausschlaggebende Faktoren für die Fortdauer des Krieges sind, während bislang der Aggressionswillen der russländischen Staatsführung ungebrochen ist.

Jegliche Erörterung von Optionen für eine potentielle Friedenspolitik muss von einer Einschätzung des weiteren Verlaufs des Krieges und seiner Ursachen ausgehen. Dabei gilt es zwei Aufgaben zu bewältigen. Die erste besteht in einer Beendigung des Krieges, die wahrscheinlich nur in Form eines Waffenstillstandes, nicht eines Friedensvertrages, möglich ist. Die zweite Aufgabe besteht in der Wiederherstellung einer dauerhaften internationalen Sicherheitsstruktur und Friedensordnung. Der weitere Kriegsverlauf ist noch gänzlich ungewiss, so dass nur mehrere Szenarien über seine weitere Entwicklung gebildet werden können.

Aufgrund des drastischen Unterschieds der materiellen und personellen Militärpotentiale beider Länder hatte nicht nur der Westen, sondern auch die Staatsführung Russlands vor dem 24. Februar die Verteidigungsfähigkeit und -bereitschaft der Ukraine völlig unterschätzt. Zwar wurde nach der Etablierung einer Marionettenregierung im Dienste Moskaus mit einem lang anhaltenden Partisanenkrieg,

insbesondere in der Westukraine, gerechnet. Das werde aber nichts an einer Einbeziehung der Ukraine in den imperialen Machtbereich Moskaus ändern. Ungewiss schien lediglich, ob dann die beiden ostukrainischen Volksrepubliken wieder in eine russlandabhängige Ukraine eingegliedert werden sollen.

Vor Monaten behauptete Staatspräsident Putin großspurig, russländische Truppen könnten innerhalb von zwei Tagen in Kiew sein und die „nazistische Junta“ entmachten. Er stellte sich demnach nur auf einen siegreichen Blitzkrieg ein. Dementsprechend schlecht war trotz eines mehrmonatigen Aufmarsches von bis zu 150.000 russländischen Soldaten an den Nord-, Ost- und Südgrenzen der Ukraine die auf keinen längeren Krieg ausgerichtete logistische Unterstützung der Invasionstruppen mit Treibstoffen, Munition, Kleidung und Lebensmitteln in den ersten Wochen nach dem 24. Februar. Auch die ukrainische Staatsführung zog einen solchen kurzen Krieg in Betracht. In einem Video-Gespräch mit den Staats- und Regierungschefs der EU sagte Präsident Wolodymyr Selenskyj am 28. Februar: „Dies könnte das letzte Mal sein, dass Sie mich lebend sehen.“⁸

In der sechsten Kriegswoche begann Russland, seine Truppen im Norden der Ukraine rund um Kiew zurückzuziehen, nachdem ihnen die Umzingelung der ukrainischen Hauptstadt nicht gelungen war. Sie mussten beträchtliche Verluste an Material und Personal hinnehmen. In den ersten Wochen zeigte sich zudem eine geringe Kampfmoral der russländischen

Truppen, die zum Teil annahmen, sie befänden sich in einem Manöver in Belarus. Nunmehr konzentrieren sich die russländischen Streitkräfte auf die Eroberung des ganzen Donbass.

Auch viele westliche Militärexperten nahmen zu Beginn des Krieges an, er würde wegen der haushohen Überlegenheit des Militärpotentials Russlands⁹ nur wenige Tage oder Wochen dauern, keineswegs mehrere Monate oder gar Jahre wie in Afghanistan oder Syrien. Die USA und die NATO hatten schon in den letzten Monaten des Jahres 2021, als die russländischen Truppen an den Grenzen der Ukraine aufmarschierten, angeblich im Rahmen eines Manövers, vor einer drohenden russländischen Aggression gewarnt. Gleichzeitig erklärte der Westen, dass er keinesfalls bereit sein werde, die Ukraine militärisch im Falle eines Angriffskrieges Russlands zu unterstützen, da die Ukraine kein Mitglied der NATO sei und deshalb keinen Anspruch auf militärischen Beistand nach Artikel 5 des NATO-Vertrages habe. Dies obwohl die USA und Großbritannien gemeinsam mit Russland im Budapester Memorandum vom Dezember 1994 die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine (wie auch von Belarus und Kasachstan) garantiert hatten, als Gegenleistung für die Übertragung der dort stationierten sowjetischen Atomwaffen an Russland. Allerdings wurden keine Maßnahmen für den Fall einer Verletzung der territorialen Integrität der drei Länder festgelegt. Außerdem erklärte die NATO, die Nichteinmischung ihrer Truppen in den bilateralen Krieg solle die Gefahr seiner Eskalation zu einem Welt- und Nuklearkrieg vermeiden. Gleichzeitig kündigte

der Westen aber schwerwiegende ökonomische und politische Sanktionen an, falls Russland sich tatsächlich zu einer Aggression entscheiden würde. Sie wurden dann tatsächlich verhängt und in mehreren Etappen verschärft und durch umfangreiche Waffenlieferungen ergänzt. Manche Kommentatoren bezeichnen das fahrlässig sogar als einen Wirtschaftskrieg¹⁰ der Demokratien gegen Russland und verwischen damit den nach wie vor wesentlichen Unterschied zwischen Krieg und nichtkriegerischen Formen der intensiven Konfliktaustragung.

2. Szenarien für eine Kriegsbeendigung

Folgende Szenarien über das weitere Kriegsgeschehen gilt es in Betracht zu ziehen, wobei in jedem Fall mit einer Intensivierung und Brutalisierung des Krieges zu rechnen ist, die einen immer höheren Anteil der zivilen ukrainischen Kriegsoffer zur Folge haben werden.

Im März gelang es den ukrainischen Truppen, den Vormarsch der russländischen Streitkräfte weitgehend zu stoppen und sie im Norden vereinzelt auch zurückzudrängen, so dass ukrainische Politiker zunehmend selbstbewusst verkünden, die Ukraine werde in diesem Krieg siegen, wobei sie es meist im Unklaren belassen, ob sie dabei auch den besetzten Donbass, die Krim und Sewastopol zurückerobern wollen und meinen, dazu fähig zu sein.

Mittlerweile scheint es eher unwahrscheinlich, dass die russländischen Streitkräfte die ganze Ukraine oder zumindest alle ihre großen Städte besetzen können oder auch nur sollen. Damit wird das alte, 2014 und sogar schon 1991 erwogene Szenario einer Teilung der Ukraine entlang dem Dnipro/Dnjepr in eine an Russland angegliederte Ostukraine und eine westorientierte Restukraine (mit Rekurs auf ihre polnisch-habsburgische Vergangenheit) wieder aktuell.¹¹ Offenbar ist das Minimalziel Putins die Ausdehnung der beiden Volksrepubliken auf das gesamte Gebiet der Bezirke Donezk und

Luhansk. Wahrscheinlich soll aber auch die Landverbindung zur Krim hergestellt werden, sollen also auch die Bezirke Saporischschja und Cherson erobert werden, dann vielleicht auch die Bezirke Charkiw, Mykolajiw und Dnipropetrowsk, die häufig unter dem Begriff „Neurussland“¹² zusammengefasst wurden. Zurzeit wird aber auch Odessa bombardiert. Die Eroberung des Bezirks Odessa würde eine Landverbindung zur Transnistrischen Moldauischen Republik herstellen, dem Separatistengebiet in der Republik Moldau, in dem seit Jahrzehnten bereits eine sowjetische und dann russländische Armee stationiert ist.

Gegenwärtig scheint es unwahrscheinlich, dass der Krieg durch den Sieg einer Seite beendet wird. Weder kann Russland die ganze Ukraine besetzen und nach seinem Willen politisch umgestalten, noch kann die Ukraine ihr gesamtes völkerrechtlich anerkanntes Territorium militärisch wiedergewinnen. Selbst wenn der Westen demnächst auch Panzer oder gar Flugzeuge zur Verfügung stellen würde, spricht wenig für einen vollständigen militärischen Sieg der Ukraine. Vor allem ein Versuch, die Krim und Sewastopol zurück zu erobern, würde zweifellos eine große gesellschaftliche Unterstützung in Russland für seine Truppen auslösen, die zurzeit noch relativ gering und vielleicht sogar im Schwinden ist. Es spricht also viel dafür, dass es in den nächsten Wochen oder gar erst in Monaten zu einem militärischen Patt, zu einem wiederholten Vorrücken

und Rückzug beider Streitkräfte in der Ukraine kommen wird. Frühestens dann werden die beiderseitigen Siegphantasien erblasen und wird weit verbreitete Kriegsmüdigkeit einkehren, die ein Ende des Krieges fordert, gleichgültig, wer wo die militärische Oberhand behält. Erst dann kann es zu einem dauerhaften Waffenstillstand entlang irgendeiner Kriegsfront im Südosten der Ukraine kommen. Gegenwärtig sieht es sehr danach aus, dass der Krieg noch viele Monate, vielleicht sogar Jahre dauert wie in Syrien.

Ein Ende des Krieges ist außer vom Kriegsverlauf vor allem von der politischen Entwicklung in Russland und in der Ukraine abhängig. Trotz stark zunehmender Kriegesopfer in der ukrainischen Zivilbevölkerung ist noch lange nicht mit einem Nachlassen der Bereitschaft der Ukrainer für die Fortführung des Verteidigungskrieges zu rechnen, so dass es kein ukrainischer Politiker wagen wird, vor einem militärischen Patt einem Waffenstillstand zuzustimmen, der nicht den Rückzug sämtlicher russländischer Truppen zumindest aus den seit Ende Februar von ihnen besetzten Gebieten vorsieht, wenn nicht gar aus dem gesamten Donbass. Die Idee einer Rückeroberung der Krim und Sewastopols wird wohl schon aus militärgeographischen Gründen, außerdem aus politischen Erwägungen über die Einstellung der meisten Russen zur Krimfrage aus dem ukrainischen Kalkül schwinden. Sobald aber die Bereitschaft der Bevölkerung zur Fortsetzung des Leidens sinkt, wird es wohl zu heftigen

Auseinandersetzungen in der ukrainischen Führung über eine Waffenstillstandsbereitschaft ohne vollständigen Rückzug der russländischen Truppen kommen.

Für die russländische Seite werden von den Kommentatoren weit mehr politische Szenarien erörtert. Ein erstes Szenario geht davon aus, dass Präsident Putin selbst einsieht, dass die zunehmenden wirtschaftlichen Einbußen und die durch sie verursachte soziale Unzufriedenheit sowie die hohen Verluste an eigenen Soldaten ihn zwingen, seine hochfliegenden imperialen Zielsetzungen zu reduzieren und sich auf ein bescheideneres Ziel zu beschränken, dessen Erreichung er als Erfolg seines Feldzuges feiern kann. Als einen solchen „gesichtswahrenden“, d. h. machterhaltenden Erfolg könnte er die Ausdehnung der beiden Volksrepubliken Donezk und Luhansk und weitere territoriale Gewinne in der Ost- und Südukraine ausgeben sowie die Behauptung aufstellen, er habe einen „Genozid“ an den ethnischen Russen in der Ukraine verhindert. Dabei wird er verschweigen, dass seine Truppen gerade vornehmlich ethnische Russen und russischsprachige Ukrainer getötet haben, die einen Großteil der Bevölkerung im besonders vom Krieg belasteten Osten und Süden der Ukraine ausmachen. Auch eine Zusicherung einer verkleinerten Ukraine, dass sie eine immerwährende, international abgesicherte Neutralität anstrebt und nicht der NATO beitrifft, könnte Putin als lohnendes Ergebnis seiner „Spezialoperation“ ausgeben.

Ein zweites Szenario geht davon aus, dass Teile der Elite des Militärs und der Sicherheitsdienste Putin auf die eine oder andere Weise das Präsidentenamt entziehen,¹³ weil die Fortsetzung des Krieges Russland ökonomisch ruiniert, in soziale und innenpolitische Turbulenzen zu reißen droht, international zu sehr von China abhängig machen und vor allem die Macht der gesamten Elite gefährden könnte. Wenige Wochen vor dem Krieg warnte der pensionierte Generaloberst Leonid G. Iwaschow, ein rechtsnationaler Monarchist, Autor eines weithin bekannten Buches zur Geopolitik¹⁴, der von 1992 - 1996 Sekretär des Rates der Verteidigungsminister der GUS-Mitglieder gewesen war und Vorsitzender einer Allrussischen Offiziersversammlung ist, vor den verheerenden Folgen eines Krieges für Russland und verlangte einen Rücktritt Putins.¹⁵

Ein drittes Szenario spekuliert auf einen Aufstand des Volkes gegen Putin und die ganze Machtelite, nachdem die hohen ökonomischen und sozialen Kosten des Krieges untragbar, die großen Verluste an russischen Soldaten und an ukrainischen Soldaten und Zivilisten unübersehbar und die propagandistischen Lügen über die „Spezialoperation“ in der Ukraine unglaublich geworden sind.

Von den drei Szenarien ist das dritte am unwahrscheinlichsten. Die russländische Bevölkerung ist viel leidensgewohnter als die westliche, so dass die Verschärfung der westlichen Sanktionen wie ein Embargo aller

Energie-Importe viel gravierendere politische Folgen im Westen haben wird als in Russland. Auch Zehntausende russländische Kriegstote werden vermutlich nichts an der Unterstützung und Duldung der Putinschen Kriegsführung ändern. Erst eine viel tiefgreifendere Erschütterung des putinistischen System durch Hungersnöte, Hunderttausende Kriegstote und Desorganisation des Staatsapparats nach einem jahrelangen Krieg könnte eine Revolution wie im Februar 1917 auslösen.

Das zweite Szenario ist nicht gänzlich unwahrscheinlich. Doch eine Ablösung Putins im Präsidentenamt wird am putinistischen Herrschaftssystem kaum etwas ändern. Zur Zeit dürfte es selbst im Kreml unklar sein, wer ein Nachfolger Putins sein könnte. Nennen wir ihn deshalb Besputina (Ohne-Putin). Auch ein Besputina kann bestenfalls einen Rückzug der Truppen an die Minsker Demarkationslinie veranlassen, aber in keinem Falle eine Aufgabe der Krim und Sewastopols.

Vorerst ist mit einem Machterhalt Putins zu rechnen, so dass Frieden im Sinne von Kriegsbeendigung nur mit Putin, nicht ohne und gegen ihn, hergestellt werden kann. Es wird aber vermutlich noch einige Zeit dauern, bis man im Westen und vor allem in der Ukraine diese Möglichkeit und die daraus folgende Notwendigkeit in Betracht zieht.

3. Ursachen des Krieges Russlands gegen die Ukraine seit 2014

Über die Gründe für die Entscheidung Präsident Putins und der Staatsführung Russlands zum Angriffskrieg im Februar 2022 kann es bisher nur Vermutungen geben. Man kann davon ausgehen, dass die Staatsführung an die eigene propagandistische Behauptung nicht glaubt, dass in Kiew drogenabhängige Neonazis die Macht errungen hätten. Sie dient lediglich dazu, die tief verankerten Überzeugungen in der russländischen Bevölkerung von dem gerechten Vaterländischen Verteidigungskrieg gegen die nationalsozialistische Aggression in den Jahren 1941 - 1945 und die Erinnerung an die Kollaboration vieler Ukrainer mit den Nationalsozialisten für die Rechtfertigung des eigenen Aggressionskrieges als eine antifaschistische Verteidigungsaktion zu nutzen. Dabei wird die Tatsache vernachlässigt, dass die meisten Ukrainer als Kommunisten oder auch als Nichtkommunisten für die Sowjetunion gekämpft haben.

Von der Propaganda gilt es stets die Ideologie zu unterscheiden, also das Gedankengebäude, an das die Ideologen selbst glauben.¹⁶ Die Ideenwelt von Wladimir Putin wird schon seit Jahren eingehend studiert. Er selbst hat wiederholt sein Geschichtsbild und die daraus politisch zu ziehenden Schlüsse ausführlich dargestellt. Das wird besonders klar in seinem Artikel vom Juli 2021.¹⁷ Diese Darstellungen enthalten sicherlich auch propagandistische Elemente einer bewussten Geschichtsfäl-

schung, aber man kann davon ausgehen, dass die Grundzüge seines veröffentlichten Geschichtsbildes von ihm als Wahrheit geglaubt werden und seine Handlungsorientierung darstellen. Es gibt keinerlei Anzeichen, dass Putin den Untergang der kommunistischen Herrschaft bedauert. Es ist zwar biographisch interessant, aber für sein heutiges Bewusstsein nicht relevant, ob er jemals überzeugter Kommunist war. Mit seinem häufig zitierten Ausspruch vor der Duma am 25. April 2005, dass der Zerfall der Sowjetunion „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ gewesen sei,¹⁸ trauerte er nicht der Sowjetunion nach, sondern dem „tausendjährigen Russischen Reich“.

Die Sowjetunion als eine Union nationaler Republiken hielt er für eine verhängnisvolle Fehlkonstruktion Lenins. Auch die Ukraine sei ein von den Bolschewiken konstruiertes Gebilde.¹⁹ Die Grenzen der Ukraine wie auch der anderen nationalen Republiken seien von den Bolschewiken willkürlich festgelegt worden, was zum Teil durchaus der Fall war. In der Verfassung von 1924 und auch in Stalins Verfassung von 1936 wurde sogar festgehalten, dass die nationalen Unionsrepubliken souverän seien und ein Recht hätten, aus der Union auszutreten. Putin verschweigt offensichtlich bewusst - Nichtwissen wird man ihm in dieser Sache nicht zubilligen können - dass es bereits im 19. Jahrhundert eine starke ukrainische Nationalbewegung gab, die dann nach der Februarrevolution einen ukrainischen Nationalstaat zu schaffen bemüht war, ehe es den Bolschewiki gelang, die Sozialistische Sowjetrepublik Ukraine

zu erschaffen. Die Sowjetunion wurde nicht als Nachfolgestaat des Russischen Reiches verstanden, sondern als Kern einer weltweiten Union von Nationalrepubliken.²⁰ Die Parole „Proletarier und unterdrückte Völker aller Welt vereinigt Euch“ drückte diese Leninsche Zielsetzung treffend aus. Aus taktischen politischen Erwägungen schufen Lenin und die Bolschewiki Nationalrepubliken, um die nationalrevolutionären Bestrebungen vieler Völker mit den sozialrevolutionären im Kampf gegen den Imperialismus der großen und mächtigen Völker, insbesondere auch der Russen, zu verknüpfen. Die bloße Umwandlung des Zarenreiches Russland in ein kommunistisches Reich Russland war undurchführbar.

Stalin erscheint in Putins Sicht aus fünf Gründen weitaus positiver als Lenin. 1. zog Stalin aus dem Scheitern der Weltrevolution die Konsequenz der Etablierung des Sozialismus in einem Land, weitgehend auf dem Territorium des Russischen Reiches. Er löste damit den Leninschen universalen Internationalismus durch ein neues russisches Großmachtdenken in Anknüpfung an die Tradition des Zarenreiches ab. 2. ging dies Hand in Hand mit einer sprachlich-kulturellen Russifizierungspolitik gegenüber den nichtrussischen Nationalitäten seit den 1930er Jahren. 3. untergrub er mit der Umwandlung der Kommunistischen Partei in eine straff zentralistische, diktatorische Einheitspartei die föderalistische Staatsverfassung. Nach diesem Vorbild hebelte auch Putin schon bald nach seiner Übernahme des Präsidentenamtes den ursprünglichen Föderalismus in der Verfassung der „Russländischen Föderation -

Russland“ durch eine Entmachtung der Föderationssubjekte (d. h. der Gliedstaaten) aus. Auch die putinistische Partei „Einiges Russland“ ist eine gesamtstaatliche, autokratische Einheitspartei. 4. wird Stalin vor allem als Sieger im Großen Vaterländischen Krieg gegen den deutschen Nationalsozialismus gefeiert, eine Tradition, die Putin mit dem Sieg über den angeblichen ukrainischen Nazismus fortsetzen möchte. 5. eroberte Stalin große Territorien des Zarenreiches, die nach 1917 verloren gingen, zurück: das Baltikum, Ostpolen, Bessarabien; darüber hinaus annektierte er auch Nordostpreußen, die Karpatoukraine und die Südkurilen, die nie zum Russischen Reich gehört hatten. Lediglich Finnland konnte er nicht zurückholen. An dessen Zugehörigkeit zum Russischen Reich erinnerte Putin im Zusammenhang mit seiner Warnung, dass es ebenso wie Schweden nicht der NATO beitreten dürfe. Ein Sprecher des russländischen Außenministeriums drohte mit „Vergeltungsmaßnahmen“ und „ernsthaften militärischen und politischen Konsequenzen“, sollte Schweden oder gar Finnland der NATO beitreten.²¹ Diese Drohungen wiederholte Dmitrij Medwedew, der ehemalige Präsident und Ministerpräsident und derzeitige Vizesekretär des russländischen Sicherheitsrates, als die Regierungschefinnen beider skandinavischen Länder einen solchen Schritt öffentlich in Betracht zogen.²²

Geistig bezieht sich Putin nicht primär auf die Bolschewiki, den Kommunismus und die Sowjetunion, sondern auf den religiös, nämlich russisch-orthodox fundierten Zarismus des tausendjährigen Heiligen Russischen Reiches. Ihn

prägende Ideengeber²³ sind keine Marxisten-Leninisten, sondern scharfe Kritiker der Sowjetmacht wie insbesondere Iwan A. Iljin (1883 - 1954),²⁴ Wladimir S. Solowjow (1853 - 1900),²⁵ Nikolai A. Berdjajew (1874 - 1948)²⁶ und Aleksandr Dugin (geb. 1962).²⁷ Es handelt sich also nicht um Sowjetnostalgie, wie oft im Westen angenommen wird, sondern um einen russischen imperialen Klerikal-Nationalismus, für den Putin erfolgreich die Spitzen und große Teile des orthodoxen Klerus einzuspannen versteht.²⁸ Die Einheit des großen russischen Volkes, zu dem Putin auch die Kleinrussen oder Ukrainer und die Weißrussen oder Belarusen zählt, ist für ihn nicht nur staatsgeschichtlich, ethnisch-sprachlich, sondern auch religiös durch die Orthodoxie begründet.²⁹ Schließlich hatte die Russisch-Orthodoxe Kirche den von Kommunisten ermordeten letzten Zaren, Nikolai II., im Jahre 2000 heiliggesprochen. Schon der späte Stalin hatte es verstanden, die Orthodoxe Kirche im Zweiten Weltkrieg einzusetzen, den die Sowjetunion im Bündnis mit dem Dritten Reich als Angriffskrieg gegen Polen und Finnland begann. Ein Jahr danach folgte die kampflose sowjetische Annexion der baltischen Staaten und Bessarabiens, ehe das Land 1941 von Hitler-Deutschland zum Verteidigungskrieg gezwungen wurde. Stalin und die KPdSU waren von 1939 - 1941 weit wichtigere und mächtigere Kollaborateure des deutschen Nationalsozialismus als es die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und die Ukrainische Aufständische Armee (UPA) in den Jahren 1942 - 1943 je werden konnten.

Der Westen vermied es lange, auf die Drohgebärden Russlands gegen Finnland, das bis 1917 zum Kaiserreich Russland gehört hatte, und Schweden - so wurde über eine Besetzung der schwedischen Insel Gotland von russischen Generalen öffentlich geredet³⁰ - zu reagieren. Die NATO beschränkte sich auf die wiederholte Versicherung, sie würde jeden Zoll des Territoriums aller ihrer Mitgliedsstaaten, also auch der baltischen Staaten und Polens, verteidigen. In diesem Zusammenhang war nie von einer potentiellen Gefahr der Eskalation zum nuklearen Weltkrieg die Rede. Zweifellos würde der Westen im unwahrscheinlichen Falle einer russländischen Aggression gegen eines der beiden skandinavischen Länder sich daran erinnern, dass es außer dem NATO-Vertrag auch eine Charta der Vereinten Nationen gibt, die allen souveränen Staaten ihre territoriale Integrität zusichert und ihr Recht bescheinigt, sich nicht nur selbst militärisch gegen eine Aggression zu verteidigen, sondern nach Artikel 51 auch andere Staaten an seiner Verteidigung zu beteiligen.³¹ Eine Koordination der militärischen Strukturen der beiden skandinavischen Länder und der NATO findet bereits seit Jahren statt. Artikel 51 kam bereits einmal zur Geltung, als Kuwait nach Beginn des irakischen Eroberungsfeldzugs unter Saddam Hussein im Jahre 1991 erfolgreich zahlreiche Staaten, darunter vor allem die USA und Großbritannien, um militärischen Beistand bat. Die NATO machte bereits vor Ende 2021 unausgesprochen deutlich, dass sie einen fundamentalen Unterschied zwischen der Neutralität Finnlands und der Neutralität der Ukraine

macht und nicht bereit ist, letzterer militärischen Beistand nach Artikel 51 der VN-Charta zu leisten. Dies aus der realistischen Einsicht, dass Russland viel mehr an der Verhinderung des endgültigen Abdriftens der Ukraine in den demokratischen Westen liegt als an einer Revision der Zugehörigkeit Finnlands zu ihm.

Diese scheinbare Doppelmoral der NATO lässt sich nur aus der historisch bedingten, unterschiedlichen politisch-psychologischen Situation der beiden neutralen Länder erklären. Während die skandinavischen Länder seit Jahrzehnten als Teil des demokratischen Westens gelten, sieht die NATO die Ukraine als ein Land an, das sich erst jüngst aus dem postsowjetischen und postrussländischen Orbit der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, die von Marianna Butenschön einmal treffend Gemeinschaft Russlandabhängiger Staaten genannt wurde, zu lösen begann, so dass Russland unausgesprochen verständlichere Gründe für einen dominanten Einfluss auf die Ukraine zugebilligt werden als auf Finnland oder Schweden. Damit war selbstverständlich kein militärisches Eingriffsrecht und keine Beschränkung der Freiheit der Ukraine, ein Bündnis freier Wahl anzustreben, gemeint. Aber der Ukraine wird dennoch nicht dasselbe Recht auf eine kollektivierte Verteidigung zugestanden, wie es Finnland und Schweden, die Schweiz und Irland wohl genießen. Eine zentrale Ursache des Krieges in der Ukraine ist also die noch uneindeutige Systemgrenze zwischen Autokratie und Demokratie seit dem Ende des Ost-West-Konflikts in Europa.

Viele westliche Autoren sehen die mehrmalige NATO-Osterweiterung seit 1999 als eine wesentliche Ursache für einen Gesinnungswandel Wladimir Putins seit seinem Amtsantritt im Jahre 2000 und insofern auch des Ukraine-Krieges an. Abgesehen von der geringen Stichhaltigkeit des Arguments, „die NATO“ habe im Februar 1990 versprochen, sich nicht nach Osten zu erweitern – weder Hans-Dietrich Genscher noch James Baker konnten als Außenminister ein derartiges rechtsverbindliches „Versprechen“ machen³², hat Russland die Osterweiterung der NATO mit der Unterzeichnung der NATO-Russland-Grundakte im Mai 1997 akzeptiert und wurde Mitglied des NATO-Russland-Rates, der eine engere Kooperation zwischen beiden Seiten herstellen sollte.

Zweifellos leisteten mehrere westliche Aktivitäten einen erheblichen Beitrag zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen. Dazu gehören die westliche Militärintervention in den Bürgerkrieg in Jugoslawien 1999, die völkerrechtliche Anerkennung des Kosovo durch die meisten NATO- und EU-Staaten seit Februar 2008, das Angebot der NATO an Georgien und die Ukraine in Bukarest im April 2008, dem Bündnis beizutreten – ihm folgten zwar auf Einspruch Frankreichs und Deutschlands³³ vorerst keine praktische Schritte – die wie auch immer durch russländische Provokationen mit verursachte Aggression Georgiens gegen die russländische Position in Südossetien mit Duldung der USA im August 2008, die widerrechtliche Ausweitung der VN-Ermächtigung für eine Flugverbotszone in Libyen 2011

durch einige NATO-Staaten zu einem Sturz des Gaddafi-Regimes, der Aufbau eines Raketenabwehrsystems in Rumänien 2016 und schließlich die westliche politisch-moralische Unterstützung des Majdan-Umsturzes in der Ukraine im Februar 2014. All das kann die Aggression Russlands gegen die Ukraine nicht rechtfertigen, gehört aber zu einer Erklärung des Krieges in der Ukraine. Entscheidend ist zweifellos, dass Putin und das ganze putinistische Regime in Russland sich durch die Demokratisierungsbewegungen in der Ukraine, im Südkaukasus, in den arabischen Ländern, in Belarus und schließlich in Russland selbst bedroht sahen – und dies durchaus zurecht. Diese Bewegungen waren allerdings nie eine militärische Bedrohung und auch nie eine Bedrohung der staatlichen Einheit und Souveränität Russlands. Ein Rätsel, eine offene Frage muss vorerst bleiben, weshalb Putin nicht darauf vertraute, dass die NATO kein Land als Mitglied aufnehmen wird, von dem ein Teil durch Russland widerrechtlich besetzt ist. Es gab deshalb keinerlei Gefahr, dass die NATO die Ukraine, Moldau und Georgien in ihrem derzeitigen Zustand als Mitglieder aufnehmen würde. Eine Alternative für eine autokratische Machterhaltungspolitik unter Besputina kann nur darin bestehen, innerhalb international akzeptierter Grenzen eine wirtschaftliche Modernisierungspolitik und Öffnung zu den Weltmärkten nach dem Vorbild der Kommunisten Chinas zu betreiben. Eine pragmatische westliche Friedenspolitik sollte einer solchen Entwicklung nicht im Wege stehen. Der Versuch Wladimir Putins, durch einen weiträumigen Eroberungskrieg Russland

wieder „groß“ zu machen, wird wahrscheinlich scheitern.

4. Die Wahrscheinlichkeit eines veränderten „eingefrorenen Konfliktes“ im Osten der Ukraine

Es spricht wenig dafür, dass eine der beiden Kriegsparteien einen umfassenden Sieg erringen wird. Weder scheint Russland die ganze Ukraine unterwerfen und besetzen, noch die Ukraine ihr gesamtes Territorium einschließlich des seit 2014 besetzten Teils des Donbass, der Krim und Sewastopol wiedergewinnen zu können. Das spricht für einen langanhaltenden Krieg von mehreren Monaten, wenn nicht gar von Jahren. Selbst wenn der Westen die Ukraine so weit aufrüsten sollte, dass sie die beiden Volksrepubliken und die Krim angreifen kann, dann müsste die Ukraine bereit sein, bis zu vier Millionen Menschen in diesen beiden Regionen nach Russland zu vertreiben, da die meisten von ihnen die ukrainischen Truppen dort mit Sicherheit nicht als Befreier willkommen heißen und nicht unter ukrainische Herrschaft zurückkehren wollen. Außerdem wäre spätestens dann mit einem potentiellen Einsatz taktischer Nuklearwaffen Russlands zu rechnen, die mit der Notwendigkeit der Verteidigung essenzieller Sicherheitsinteressen gerechtfertigt werden wird. Ob der Westen dann zur nuklearen Vergeltung bereit sein wird, dürfte

ihn gewaltig politisch-moralisch herausfordern.

Nach einem langen Krieg werden Hunderttausende Kriegstote, vor allem in der Ukraine, zu beklagen sein wie in Syrien und vielen anderen Kriegen nach 1945. Erst wenn es zu einem Umdenken Putins oder zu einem Machtwechsel in Moskau kommt und die Erschöpfung und das Leiden der Menschen in der Ukraine dazu führen, dass für sie ein Kriegsende vorrangig wird gegenüber einer Wiedergewinnung ihres gesamten Territoriums, wird es wohl einen Waffenstillstand entlang irgendeiner Front im Südosten der Ukraine geben. Ein solcher wird höchstwahrscheinlich nicht mehr von Deutschland und Frankreich zu vermitteln sein, da beide Länder wichtige Kriegsunterstützer der Ukraine geworden sind. Andere Länder wie Israel oder Indien könnten eher eine Vermittlerrolle spielen. Vermutlich wird ein Waffenstillstand nicht die Vorstufe zu einem Friedensvertrag sein, der die dann bestehende militärische Demarkationslinie als Grenze zwischen Russland und Ukraine rechtlich fixiert. Der Ausgang des Korea-Krieges mit einer Wiederherstellung der Grenze vor der Aggression könnte zu einem Muster für den Ausgang des Ukraine-Krieges seit dem Februar 2022 werden. Somit wird der russländisch-ukrainische Konflikt vermutlich erneut lediglich eingefroren so wie viele andere Konflikte auch, etwa in Aserbaidshan, Georgien, Moldau, Zypern, Korea, China usw. Im günstigsten Fall wird dann der Waffenstillstand über Jahrzehnte andauern.

Es wird sowohl in der Ukraine als auch in Russland außerordentlich schwer werden, einen Waffenstillstand durchzusetzen, der faktisch die Ukraine teilt. Er ist innenpolitisch nur dann durchzusetzen, wenn große Teile der Bevölkerung beider Länder kriegsmüde geworden sind. Nationale Extremisten werden jedoch in beiden Ländern einen Waffenstillstand an einer Demarkationslinie, die nicht der eigenen Zielsetzung nahekommt, als Verrat an der eigenen Nation und am „Vaterland“ interpretieren und die Politiker bedrohen, die sich auf eine faktische Teilung des Landes einlassen, selbst wenn sie den politisch-rechtlichen Anspruch auf die ganze Ukraine aufrechterhalten. Dies spricht dafür, dass nur eindeutig rechtsgerichtete, national-konservative Politiker in beiden Ländern in der Lage sein werden, einen Waffenstillstand durchzusetzen und innenpolitisch zu legitimieren. Für die politische Entwicklung in der Ukraine wird wichtig sein, ob sich die Einstellung breit macht, dass der Ukraine der Sieg und die vollständige Wiederherstellung der territorialen Integrität nur dadurch verwehrt bleibt, dass der Westen die Ukraine ungenügend militärisch unterstützt hat, zumindest mit der Lieferung von schweren Waffensystemen wie Panzern, Artillerie und Flugzeugen. Dies würde antidemokratische, ukrainisch-autokratische, nationalistische Einstellungen fördern. Auch in Russland könnte sich eine noch rechtsextremere politische Einstellung in der Zeit nach dem „Versager Putin“ durchsetzen, die einen radikaleren, offen

imperialen Großmachtanspruch wie Aleksandr Dugin verfechten, zumal große Teile der liberalen Putin-Kritiker dann bereits in aller Herren Länder ausgewandert sein werden.

Ein stabiler Waffenstillstand hängt also davon ab, ob er von national-konservativen Politikern mit in der Ukraine und in Russland entgegengesetzten relativen Erfolgsnarrativen erfolgreich verfochten werden kann. Sie müssen offen lassen, dass ihre entgegengesetzten Ziele einer westorientierten, tendenziell liberal-demokratischen Ukraine und einer mit Russland eng verbundenen, putinistisch-autokratischen Ukraine in der Zukunft noch verwirklicht werden können. Friedenspolitisches Ziel muss sein, dass diese unvereinbaren Ziele nur mittels friedlicher und diplomatischer Politik verfolgt werden. Der Waffenstillstand könnte mittels einer friedenserhaltenden (*peacekeeping*) Mission der Vereinten Nationen aus Soldaten und Zivilisten, insbesondere aus Ländern wie Indien, die sich bei der Abstimmung über den Krieg in der Ukraine der Stimme enthalten haben, stabilisiert werden. Sie hätte an der Waffenstillstandslinie dafür zu sorgen, dass es nicht zu ständigen militärischen Zwischenfällen kommt wie zwischen 2014 - 2022 und z. B. auch an der aserbaidjanisch-armenischen Waffenstillstandslinie nach 1994.

In jedem Falle kann man damit rechnen, dass der Krieg schon seit 2014, aber besonders eindeutig seit 2022 aus einer politisch gespaltenen, teils nach dem Westen, teils nach Russland

orientierten ukrainischen Bevölkerung eine starke ukrainische Nation geschmiedet hat, in der die meisten ethnischen Russen und russischsprachigen Ukrainer sich nunmehr vom putinistischen Russland abgewandt haben und nur noch wenige Millionen bereit sind, eine Angliederung ihrer Heimat an Russland zu begrüßen oder auch nur zu dulden. Es ist also mit einer erheblichen Entvölkerung der von Russland besetzten Gebiete zu rechnen. Aus den Russen in der Ukraine werden durch den Krieg zum großen Teil überzeugte Russisch-Ukrainer. Dies auch deshalb, weil die russländischen Truppen bei ihrem Vormarsch in der Ostukraine insbesondere auch solche Zivilisten töten, verletzen und in die Flucht schlagen, die sich bislang als Russen und russischsprachige, mit Russland sympathisierende Ukrainer empfunden haben und die hauptsächlich in der derzeit besonders intensiv umkämpften Ostukraine leben. Auch wenn der Krieg sicherlich vielfach antirussischen und nicht nur antirusländischen ukrainischen Nationalismus gestärkt hat, so bleibt es denkbar, dass sich aus dem Kriegserlebnis auch ein neues ukrainisches Nationalbewusstsein entwickelt, das den hohen Anteil der ethnischen Russen und der russischsprachigen Ukrainer (zu denen ihr Präsident Selenskyj gehört) an der Verteidigung der Ukraine würdigt und eine tolerantere Politik als bisher gegenüber den Sprechern der russischen Sprache ermöglicht und allen kriegsbedingten Neigungen von Ukrainern zur Russophobie entgegenwirkt. Die

bisherige Sprachenpolitik der Ukraine war zwar bisher nicht militant-repressiv gegen den russischen Sprachgebrauch ihrer Bürger, aber manchenorts durchaus diskriminierend und verletzend.

5. Das Knüpfen eines neuen Eisernen Vorhangs zwischen Autokratien und Demokratien

Nach dem Untergang der kommunistischen Einparteiherrschaft in Europa, dem Zerfall der Sowjetunion und den Reformen der kommunistischen Herrschaft in China zu einer autokratischen staatskapitalistischen herrschte im Westen weithin die Vorstellung, dass mit einem Aufblühen des Wohlstands und dem Entstehen eines Bürgertums sich auch demokratische Tendenzen in den postkommunistischen Gesellschaften durchsetzen werden. Dementsprechend wurden sie in die kapitalistische Weltwirtschaft und deren internationale Organisationen wie die Welthandelsorganisation (WTO) integriert. Diejenigen, die den Weg der Demokratisierung ernsthaft - wenn auch oft mehr schlecht als recht - beschritten, strebten in die NATO und in die EU. Russland wurde in den Kreis der führenden westlichen Wirtschaftsmächte - die Gruppe der Sieben - , in die Partnerschaft für den Frieden und in den NATO-Russland-Rat aufgenommen.

Allerdings führte eine katastrophale Wirtschaftspolitik in Russland zu einer Diskreditierung der Demokratie als Chaos- und Verelendungssystem, so dass sich seit 1993 immer mehr Tendenzen zur Etablierung einer neuen Autokratie durchsetzten. Wollte Michail S. Gorbatschow noch Russland in die NATO einbringen, so begannen seine Nachfolger mehr und mehr die NATO und die Ausbreitung der Demokratie als Gefährdung eines nicht- und antidemokratischen Russlands anzusehen. China, Nordkorea und Kuba spielten erst gar nicht mit dem Gedanken einer Demokratisierung, sondern beschritten - vorerst mit der Ausnahme Nordkoreas - den Weg in eine postkommunistische Autokratie. Der seit den 1990er Jahren entstandene postkommunistische Staatskapitalismus Russlands und Chinas, in dem dominante Staatsunternehmen neben den zahlreichen privaten Unternehmen bestehen, unterscheidet sich zwar in vieler Hinsicht vom eher liberalen (neoliberalen) Kapitalismus der Demokratien, ist aber bislang weitgehend in die kapitalistische Weltwirtschaft eingebunden.

Die gegenwärtigen Autokratien sind durch keine gemeinsame politische Ideologie miteinander fest verbunden, sondern nur durch eine gemeinsame Gegnerschaft gegen die Demokratien und die von ihnen ausgehenden Impulse und beschränkten Aktivitäten von staatlichen Behörden und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zur Unterminierung der Autokratien. Insofern gibt es durchaus manche

schwerwiegenden Unstimmigkeiten zwischen den Autokratien, denen allen ein starker rechts-nationaler Patriotismus eigen ist.

Auch internationale Bündnisse wie die seit 2003 bestehende Organisation des Vertrags für Kollektive Sicherheit (OVKS)³⁴, die seit Januar 2015 bestehende Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU)³⁵ und die 2001 gegründete Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) verstärken die Gemeinsamkeit der autokratischen Staaten unter Einschluss mancher schwächerer Demokratien wie Pakistan und Indien.³⁶ Zwar gibt es in den demokratischen internationalen Bündnissen wie der NATO und der EU auch manche Staaten mit autokratischen Tendenzen wie die Türkei, Ungarn und Polen, aber ihre Regierungen lassen sich immer noch eines Tages durch Wahlen ablösen, bei denen unter Repressionen und systematischen Wettbewerbsnachteilen leidende Oppositionsparteien eine Chance behalten, eines Tages bei Wahlen zu gewinnen und eine Redemokratisierung auf friedliche Weise in Gang zu setzen. Bei allen Abstufungen zwischen relativ eindeutigen Demokratien, Demokratien mit autokratischen Tendenzen, Autokratien mit demokratischen Relikten und Ansätzen und eindeutigen Autokratien bleibt der Unterschied und Gegensatz zwischen Demokratien und Autokratien in der internationalen Politik höchst bedeutsam. Auch taktische Allianzen von Demokratien mit manchen Autokratien – vor allem mit traditionellen absolutistischen

Monarchien im Unterschied zu moderneren postkommunistischen und islamistischen – gelegentlich auch Allianzen von Autokratien mit schwächeren Demokratien – hat sich in den letzten Jahren ein neuer Systemwettbewerb und Antagonismus zwischen Demokratien und Autokratien herausgebildet. Er wird in Ostasien seit einigen Jahren durch die Expansion der chinesischen Marine im Südchinesischen Meer, die Kriegsdrohungen Chinas gegen Taiwan, die rigidere Unterdrückungspolitik im Landesinnern, vor allem in Hongkong, und die Gegenmachtbildung der USA, Japans, Südkoreas, Taiwans, Australiens und teilweise auch Indiens verschärft. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine verfolgt den Zweck, die Grenze zwischen den demokratischen und den autokratischen Systemen wieder nach Westen zu verschieben, nachdem zuvor eine Ostausdehnung der Demokratie stattgefunden hat. Das Bewusstsein, dass der Konflikt zwischen Demokratie und Autokratie ein weltweiter ist, schlägt sich in der Unterstützung der sich demokratisierenden Ukraine durch die Demokratien Ostasiens und Ozeaniens wie Japan, Australien, Neuseeland und Südkorea nieder.

Von den Autokratien lehnten zwar nur wenige die Verurteilung der Aggression Russlands in der Abstimmung der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 2. März 2022 ab, nämlich außer Russland Belarus, Syrien, Nordkorea, und Eritrea, aber 34 Autokratien und schwächere Demokratien weigerten sich, der

Resolution zuzustimmen, während 141 Staaten sie billigten³⁷. 13 Länder beteiligten sich nicht an der Abstimmung. Wahrscheinlich unterstützen die Demokratien Ostasiens und Ozeaniens die EU und die NATO im Ukraine-Krieg auch deshalb, weil sie hoffen, dass die EU wie die USA ihnen in ihrem Konflikt mit der sich ausweitenden Wirtschafts- und Militärmacht China beistehen. Die Globalisierung der Wirtschaft, der Medien und der Kommunikationsstrukturen schlägt sich unübersehbar in einer Globalisierung des neuen Systemkonflikts zwischen Demokratien und Autokratien nieder. Eine wichtige Folge des Ukraine-Krieges wird sein, dass die Demokratien bestrebt sein werden, ihre Abhängigkeit von Gütern und Dienstleistungen aus den Autokratien drastisch zu reduzieren, wie das die Autokratien auch umgekehrt tun werden, ohne dass die weltwirtschaftliche Verflechtung vollständig aufgehoben werden soll. Beide Seiten werden sich jedoch bemühen, statt der bisher eher einseitigen eine wechselseitige Abhängigkeit in Maßen zu etablieren, um notfalls eine kriegswirtschaftliche Autarkie zu ermöglichen. Vor allem wird weit mehr als in der jüngeren Vergangenheit auf die Vermeidung des Exports potentiell rüstungsrelevanter Technologie Wert gelegt werden. Es entsteht somit in vielen kleinen Schritten ein neuer Eiserner Vorhang, der Demokratien und Autokratien wechselseitig voneinander abschirmt.

6. Umriss für eine neue europäische Friedensordnung und internationale Sicherheitsstruktur nach Beendigung des Krieges Russlands gegen die Ukraine

Welche friedenspolitische Vorschläge bieten sich aufgrund der dargelegten Analyse des Ukraine-Krieges und seines politischen Umfeldes für eine Zeit nach dem Waffenstillstand an, der vermutlich an die Stelle eines vollständigen Sieges des Aggressor-Staates oder des Verteidiger-Staates treten wird? Er muss von beiden Seiten als Erfolg der eigenen Kriegsanstrengungen ausgegeben werden können. Angesichts des fortbestehenden Antagonismus der unvereinbaren politischen Systeme in der ganzen Welt können Vorschläge für eine neue europäische Friedensordnung und internationale Sicherheitsstruktur lediglich eine friedliche Koexistenz von Demokratien und Autokratien anstreben. Diese ist auf der Grundlage der bestehenden Charta der Vereinten Nationen denkbar, die sich voraussichtlich in den nächsten Jahrzehnten nicht substanziell reformieren lässt. Ihr Kern ist die Anerkennung der territorialen Souveränität und Integrität der Staaten und des Selbstbestimmungsrechts jeden Staatsvolkes über seine innere Ordnung und seine Außenpolitik. Dies schließt eine Rücksichtnahme auf die Sicherheitsinteressen

benachbarter Staaten nicht aus. So hatte sich Finnland wie Österreich nach 1945 zur Neutralität verpflichtet und ist damit auf Interessen der UdSSR eingegangen. Auch Jugoslawien entschied sich nicht nur aus Eigeninteresse, sondern unter Beachtung der Interessen der Großmächte für seine Bündnisfreiheit.

Trotz der wachsenden Bereitschaft in Finnland und Schweden, der NATO beizutreten, wäre es friedenspolitisch günstiger, wenn diese Länder einen solchen Schritt nicht gingen. Das ändert nichts daran, dass sie gemeinsam mit der NATO sich auf den möglichen Fall einer Aggression Russlands militärisch sorgfältig vorbereiten und politisch eindeutig erklären, dass sie in einem solchen Fall die NATO um Beistand bitten würden. Die NATO kann ebenso deutlich erklären, dass sie auch ohne vertragliche

Beistandsverpflichtung neutralen Ländern militärischen Beistand leisten würde, wenn sie darum gebeten wird. Der einzige, aber wichtige Unterschied bestünde darin, dass in Friedenszeiten keine NATO-Truppen in den beiden Ländern stationiert werden. Aber die Bereitstellung von schnellen Eingriffstruppen der NATO könnte diesen Nachteil minimieren. Die

Abschreckungswirkung eines solchen Arrangements wäre dennoch enorm.

Die Vereinten Nationen und der Westen könnten darauf drängen, dass Russland und die Ukraine sich verpflichten, einen neuen, durch den Waffenstillstand geschaffenen territorialen Status

quo nur mit friedlichen, diplomatischen Mitteln zu verändern, entsprechend den Prinzipien der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Schlussakte von Helsinki aus dem Jahr 1975. Das wäre vor allem von der Ukraine schwer zu verkraften, weil sie dann voraussichtlich zumindest für einige Jahrzehnte ohne die von Russland okkupierten und dann vielleicht sogar irgendwann einmal annektierten Gebiete auskommen müsste. Außerdem bliebe ungewiss, ob die in der Krim und im erweiterten Donbass verbliebene Bevölkerung jemals bereit wäre, einer Rückkehr ihrer Gebiete in die Ukraine zuzustimmen. Denn zahlreiche Bewohner dieser Gebiete, die sich der Ukraine verbunden fühlen, haben bereits seit 2014 ihre Heimat verlassen. Im Laufe der neuen Kriegshandlungen im Jahre 2022 werden das weitere Hunderttausende, wenn nicht gar Millionen sein. Wahrscheinlich wird das Nationalbewusstsein der Ukrainer Jahrzehnte benötigen, um sich an die dramatisch veränderten national-territorialen Verhältnisse anzupassen und zu erkennen, dass die friedliche Rückgewinnung von Gebieten, in denen nur noch Minderheiten eine Rückkehr in den ukrainischen Staat wünschen, unrealisierbar ist.

Es wäre konfliktentschärfend, wenn die Ukraine bereit wäre (was Präsident Selenskyj gelegentlich andeutete, was aber noch parlamentarisch und durch eine Änderung der Verfassung, die derzeit einen NATO-Beitritt vorsieht, bekräftigt werden müsste), ihre bisherige Neutralität zu einer immerwährenden, d. h.

bewaffneten Neutralität nach Schweizer Vorbild für den Fall einer Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine auszubauen. Auch in diesem Falle könnte sich die NATO verpflichten, der Ukraine im Falle eines neuerlichen Angriffs militärischen Beistand zu leisten, wie sie das ohne weiteres für Schweden und Finnland tun würde. Diesen Vorschlag könnte die Ukraine für Russland noch attraktiver machen, indem sie die Stadt und den Hafen Sewastopol für unbegrenzte Zeit an Russland verpachtet, dies nach dem Vorbild der Verpachtung Guantanamo auf Kuba an die USA und von Akrotiri und Dekelia auf Zypern an Großbritannien. Die Krim und Sewastopol waren bereits vor 2014 rechtlich getrennte Territorien und sind es auch heute noch innerhalb der Russländischen Föderation. Die Ukraine hatte Sewastopol zunächst bis 2017 an Russland verpachtet. Dank der Wahl von Viktor Janukowitsch im Jahre 2010 konnte der Vertrag bis 2042 verlängert werden. Aber Präsident Putin denkt in längeren historischen Fristen und hat nicht zu Unrecht vermutet, dass der Pachtvertrag 2042 nach einer festen Westanbindung der Ukraine nicht verlängert werden würde. Bei seiner Annexionspolitik im Februar 2014 ging es ihm nicht so sehr um die Krim, deren Annexion allerdings beim weitaus größten Teil der Bevölkerung Russlands populär war, sondern um Sewastopol als einem Eckstein der russländischen Großmachtposition. Darauf könnte die Ukraine durchaus Rücksicht nehmen.

Allerdings ist zu befürchten, dass es Putin gar nicht primär um die Verhinderung einer Osterweiterung der NATO in die Ukraine geht, sondern um eine Westexpansion Russlands, um das demographische, wirtschaftliche und militärische Potential des Landes beträchtlich zu vergrößern. Sollte die Ukraine nach einem Waffenstillstand in den nächsten Wochen oder Monaten (hoffentlich nicht erst in Jahren) geteilt und die russländischen Truppen im Südosten der Ukraine für lange Zeit stationiert bleiben, dann hätte die ukrainische Politik nach einer gewissen Zeit des Umdenkens, das die veränderten Machtrealitäten ernsthaft zur Kenntnis nimmt, eine Option zur Verfügung, die man die Adenauer-Option nennen könnte. Sie würde die freie (verkleinerte) Ukraine zu einem eigenen provisorischen Staat konstituieren, der den Anspruch auf Wiedervereinigung mit der von Russland besetzten Zone verfassungsrechtlich festlegt, und der dann der EU und NATO beitrifft. Damit bestünde eine klare militärische Trennlinie zwischen den verbündeten Autokratien Osteuropas und den westlichen Demokratien.

Das Schicksal Moldaus hängt weitgehend vom Verlauf des Krieges in der Ukraine ab. Sollte Russland die ganze Südukraine erobern können, muss mit einem Anschluss Transnistriens gerechnet werden.³⁸ Vielleicht wird auch ganz Moldau von Russland besetzt, da dieses kleine Land kaum militärischen Widerstand leisten kann. Die NATO hat bisher keinerlei Bereitschaft gezeigt, Moldau militärisch beizustehen und wird

diese Haltung kaum ändern. In diesem Fall würde die russländische Machtsphäre bis an den Pruth ausgedehnt. An der Ostgrenze Rumäniens würde damit der neue Eiserne Vorhang zwischen Ostsee und Schwarzem Meer vollendet. Moldau kann sich also nur durch eine strikte Neutralitätspolitik als unabhängiger Staat retten, im ungünstigen Falle unter Hinnahme des faktischen Verlusts von Transnistrien, das keine lange historische Verbindung mit Moldau hat.

Es läßt sich somit heute noch nicht absehen, ob der neue Eiserne Vorhang am Pruth, am Dnjestr, am Dnipro/Dnjepr oder im Umfeld des Donez niedergeht. Nach einigen Jahren der Gewöhnung an die neue Militär- und Sicherheitsordnung Europas könnte dann eine Entspannungspolitik eingeleitet werden, die den Systemgegensatz stabilisiert. Aus demokratischer Sicht bleiben die Voraussetzungen dafür erhalten, dass eines Tages doch noch eine Perestrojka des putinistischen Systems in Russland die Voraussetzungen für eine Demokratisierung Russlands, von Belarus und der Südostukraine schafft. Der Südkaukasus könnte bis dahin einen blockfreien Status behalten, unabhängig von der innenpolitischen Entwicklung Aserbaidshans, Georgiens und Armeniens mit oder ohne massive russländische Einmischung. Auch in China muss die KP-Autokratie nicht von ewiger Dauer sein.

7. Die Ratlosigkeit der internationalen Friedensbewegung

Die internationale, hauptsächlich im Westen organisierte Friedensbewegung ist auffallend ratlos, wie sie sich im Falle der russländischen Aggression verhalten soll. Sie führt zwar viele Friedensdemonstrationen durch, die Russland auffordern, den Angriffskrieg zu beenden und seine Truppen zurückzuziehen, lässt aber offen, bis zu welchen Grenzen.³⁹ An diesen Demonstrationen nehmen weit weniger Menschen teil, als bei Aggressionen der USA gegen Nordvietnam oder den Irak. Auch beim westlichen Krieg gegen Jugoslawien sind wohl weit mehr Menschen auf die Straße gegangen als in der Gegenwart. Besonders auffällig ist der Mangel an gründlichen schriftlichen Stellungnahmen und Analysen der Situation. Es bleibt weitgehend bei einer bloßen Appell-Politik, von einigen Initiativen abgesehen, russländische Deserteure zu unterstützen, die in den Westen zu gelangen versuchen.

Die Friedensbewegung kritisiert vor allem, dass die NATO-Staaten und die neutralen Staaten den Krieg in der Ukraine zur intensiven Aufrüstung nutzen. Teile der Bewegung missbilligen die westlichen Waffenlieferungen an die Ukraine als Mittel zur Verlängerung des Krieges und unterstützen damit faktisch die russländische Eroberungspolitik. Manche fordern die Ukraine sogar zur Kapitulation auf, um das ungeheure Blutvergießen zu beenden.⁴⁰

Der Krieg in der Ukraine sollte ein Anlass sein, den fundamentalen Unterschied zwischen Pazifismus und gewaltfreiem Widerstand bzw. gewaltfreier Politik herauszuarbeiten. Der herkömmliche Pazifismus bekämpft in erster Linie Rüstungspolitik, den Dienst in Streitkräften und die Verherrlichung von Kriegserfolgen und militärischen Denkweisen. Während eines Krieges plädiert er für einen raschen Friedensschluss, meist im Sinne einer Wiederherstellung des politischen und territorialen Status quo ante.

Gewaltfreie Politik⁴¹ hingegen tritt in erster Linie gegen bestehendes Unrecht und gegen Unrechtsordnungen auf, nicht gegen Rüstung, Militär und Krieg an sich. Verfechter gewaltfreier Politik lehnen es zwar ab, persönlich Gewalt anzuwenden und werben auch dafür, dass andere sich ebenso verhalten, aber sie wissen, dass in aller Regel die meisten oder sogar fast alle Menschen die Auffassung vertreten, dass es Wichtigeres gibt als Frieden, nämlich Freiheit, was immer sie darunter verstehen. Sie wollen zwar Frieden, aber einen von ihnen definierten Frieden. Insofern sind Anhänger gewaltfreier Politik gezwungen, zwischen Krieg und Krieg zu unterscheiden, je nachdem die Gewalt und der Krieg für eine gerechte oder eine ungerechte Sache eingesetzt werden. Sie sind also nicht gegen Krieg und Rüstung an sich, nicht einmal gegen den Militärdienst. Mohandas K. Gandhi z. B. hat zwar persönlich stets den Waffendienst und Gewaltanwendung für sich abgelehnt und anderen

empfohlen, sich ebenso zu verhalten, aber er hat gleichzeitig stets einen Unterschied zwischen denen gemacht, die für eine gerechte Sache Gewalt anwenden oder jenen, die für eine ungerechte Sache kämpfen. Dies veranlasste ihn mehrmals, freiwillig Kriegsdienst in Form von Sanitätsdienst für eine Kriegspartei zu leisten, die eine nach seiner Ansicht gerechte Sache verfocht, wobei er gleichzeitig selbstverständlich auch Verletzte der anderen Kriegspartei versorgte und menschlich behandelte. Er bezeichnete sogar den militärischen Widerstand der Polen gegen die deutschen Aggression als „fast gewaltfrei“.

Die große Mehrheit der Bevölkerung der Tschechoslowakei entschied sich 1968 gegen einen gewaltsamen Widerstand gegen die Invasionstruppen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten und leistete eine Woche umfangreichen und gewaltlosen Widerstand, der anschließend von aufrechten Minderheiten jahrelang fortgesetzt wurde, ehe wiederum die große Mehrheit das kommunistische System gewaltlos zwei Jahrzehnte später überwand. Die Ukrainer haben sich in großer Mehrheit am 24. Februar 2022 für einen bewaffneten Widerstand unter Inkaufnahme des Todes von Zehntausenden und vielleicht sogar Hunderttausenden von ihnen entschieden. Dies sollten Verfechter gewaltfreier Politik nicht nur respektieren, sondern auch mit gewaltlosen Mitteln unterstützen.⁴² Sie dürfen nicht neutral sein und die Unterstützung der Ukraine mit Waffen durch Verfechter

gewaltsamer Verteidigung ablehnen; sondern sollten gleichzeitig entschlossener und intensiver als andere nach realisierbaren Möglichkeiten einer Kriegsbeendigung und einer anschließenden Friedenslösung und Versöhnung zwischen Rusländern und Ukrainern suchen. Während des Krieges gilt es alle Ansätze des Hasses, der Rache und Vergeltung sowie der Aufpeitschung kollektiver nationalistischer Einstellungen entgegenzutreten. Ukrainische Verfechter der Gewaltfreiheit, die den Kriegsdienst verweigern, können die Möglichkeit nutzen, für die Verteidigung ihres Landes zahlreiche Hilfsdienste zu leisten.⁴³ Die internationale Friedensbewegung sollte die ukrainischen Behörden drängen, falls das überhaupt erforderlich ist, sie nicht wegen Waffendienstverweigerung zu verunglimpfen oder gar zu bestrafen.⁴⁴ Mutige russländische Verfechter der Gewaltfreiheit protestieren gegen die Aggressionspolitik ihrer Regierung und riskieren damit langjährige Haftstrafen und gesellschaftliche Ächtung.

8. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen dem neuen Systemkonflikt zwischen Autokratien und Demokratien und dem historischen Ost-West-Konflikt von 1917 - 1991

Im Westen wird der Krieg Russlands gegen die Ukraine zunehmend nicht nur als Krieg zwischen zwei Staaten, sondern zwischen zwei politischen Systemen verstanden. Es wird sogar gesagt, dass in der Ukraine für die Freiheit Europas und des Westens gekämpft wird, weshalb die NATO und die EU die Ukraine mit fast allen Mitteln außer eigenen Soldaten unterstützen müsse. Damit wird der Krieg zunehmend zum Teil eines internationalen Systemkonflikts. Russland versteht ihn bereits seit den „Farbrevolutionen“ von 2003 in Georgien und 2004 in der Ukraine und insbesondere seit dem „Majdan-Putsch“ 2014 als solchen, indem es unterstellt, dass die USA mittels der CIA das Kiewer „Neonazi-Regime“ etabliert und gegen Russland aufgerüstet und dazu auch die anderen NATO-Staaten instrumentalisiert habe, so dass es bei der „Spezialoperation“ um eine russländische Verteidigung gegen die NATO-Expansion gehe.

Es wird zwar viel von einem neuen Kalten Krieg geredet und tatsächlich spielt die wechselseitige nukleare Abschreckung eine große Rolle in dem neuen Systemkonflikt, aber es ist erforderlich, wichtige Unterschiede zwischen dem historischen Ost-West-Konflikt von 1917 - 1991, der seit 1949 auch ein Konflikt zwischen Nuklearmächten war, zu beachten. Erstens handelte es sich bei dem Ost-West-Konflikt im Wesentlichen um einen Konflikt zwischen zwei sozioökonomischen, nicht nur politischen Systemen, an dem im Westen außer den dominanten kapitalistischen Demokratien auch

zahlreiche kapitalistische Autokratien teilnahmen. Der Osten bestand aus kommunistischen Autokratien, die fast vollständig ökonomisch vom kapitalistischen Weltmarkt abgeschottet waren. Heute geht es im Kern um einen Konflikt zwischen kapitalistischen Demokratien und neokapitalistischen Autokratien.

Mit Sorge wird im Westen auf die Annäherung zwischen Russland und China geschaut. Zwar unterstützt China nicht offen die russländische Expansionspolitik, aber kritisiert sie auch nicht. Aber die massive Aufrüstung, der starke Ausbau der chinesischen Marine, die militärische Expansionspolitik Chinas im Südchinesischen Meer und die wiederholten Drohungen, Taiwan im Falle einer formellen Unabhängigkeitspolitik mit Gewalt mit dem Festland zu vereinigen, stärken die Tendenzen zu einer Annäherung zwischen den nordatlantischen und den ostasiatisch-ozeanischen Demokratien. Diesem Zweck dienen mehrere sicherheitspolitische Abkommen zwischen den USA, Großbritannien, Australien und Japan, so das Abkommen zur Erleichterung gemeinsamer Manöver oder Reciprocal Access Agreement (RAA) vom Januar 2022⁴⁵ zwischen den USA, Australien und Japan, der Sicherheitsvertrag zwischen den USA, Australien und Großbritannien (AUKUS) vom September 2021⁴⁶ und der Quadrilaterale Sicherheitsdialog (QUAD) zwischen den USA, Australien, Japan und Indien, der für einen „freien und offenen Indopazifik“, also gegen das

Konzept eines Südchinesischen Meeres als chinesisches Territorialgewässer,⁴⁷ eintritt.⁴⁸ Längerfristig ist wegen der weiter voranschreitenden Globalisierung der Wirtschaft und Politik eine Erweiterung der NATO zu einer weltweiten Sicherheitsallianz, die den Namen Demokratische Vertragsorganisation (DTO) tragen könnte, vorstellbar.

Indien war wegen seiner blockfreien Politik und seinem Antagonismus zu Pakistan, in den 1950er Jahren engere Beziehungen zur Sowjetunion eingegangen, die nach 1991 mit Russland fortgesetzt wurden. Pakistan war Mitglied der Bündnisse der USA gegen die kommunistischen Staaten, CENTO und SEATO, die von 1955 - 1979 bzw. von 1954 - 1977 existierten. Pakistan war auch wichtig für die US-amerikanische Kriegsführung gegen Afghanistan in den Jahren 2001 - 2014. Infolge von Indiens seit 1962 andauerndem Konflikt mit China, mit dem sich Pakistan verbündete, fand eine vorsichtige Annäherung zwischen den USA und Indien statt. Dieser Prozess wird seit dem US-amerikanischen Rückzug aus Afghanistan gefördert, da die USA nunmehr nicht mehr auf Pakistan wegen ihres Krieges in Afghanistan angewiesen sind. Die hindunationalistischen Tendenzen unterhöheln jedoch die Demokratie in Indien, so dass offen bleibt, ob Indien auf die Dauer eher zur Gemeinsamkeit mit der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit oder mit dem Westen neigt.

Die Gefahr eines Krieges zwischen China und Taiwan unterscheidet sich trotz aller häufig gezogenen

Parallelen zur Gefahr einer Einverleibung der Ukraine in das russländische Machtsystem in zweierlei Hinsicht fundamental. Erstens hat China die Unabhängigkeit Taiwans seit 1949 niemals anerkannt und betrachtet Taiwan als eine chinesische Provinz. Auch die USA und die meisten Mitglieder der Vereinten Nationen haben Taiwan niemals als eigenständigen Staat anerkannt. Demgegenüber hatte Russland seit 1991 in mehreren internationalen Verträgen die Ukraine in seinen seit dem Ende der Sowjetunion bestehenden Grenzen als unabhängigen Staat anerkannt und mit seinem Krieg seit 2014 eindeutig das Völkerrecht gebrochen und die VN-Charta verletzt.

Während die USA und die NATO angesichts des Aufmarsches der russländischen Truppen an den Grenzen der Ukraine bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 2021 mehrmals versicherten, sie würden die Ukraine im Falle einer Aggression Russlands keinesfalls mit eigenen Streitkräften unterstützen, ihr lediglich mit ökonomischen und politischen Sanktionen beistehen, hat Präsident Biden am 21. Oktober 2021 erklärt, dass die USA Taiwan im Falle einer chinesischen Aggression militärisch beistehen werden,⁴⁹ obwohl die USA Taiwan weder als unabhängigen Staat anerkennen noch einen verbindlichen Sicherheitsvertrag mit ihm abgeschlossen haben. Dies dürfte vorerst eine gewisse Abschreckungswirkung haben, jedenfalls, solange China noch militärisch wesentlich schwächer ist und zukünftige US-Präsidenten nicht von der politischen

Sicherheitsgarantie für Taiwan abrücken.

Der konservative Republikaner und ehemalige Sicherheitsberater des Präsidenten Donald Trump, John Bolton, machte Präsident Joe Biden und der NATO den Vorwurf, sie hätten einen strategischen Fehler gemacht, indem sie schon Monate vor der Aggression Russlands erklärten, sie würden keinesfalls der Ukraine beistehen, statt die abschreckende Wirkung eines Offenhaltens des eigenen Verhaltens zu nutzen.⁵⁰ In der Tat wirkten diese westlichen Erklärungen wie ein Freibrief für Putins Aggressionspläne, da er die angedrohten Sanktionsdrohungen in Kauf nehmen zu können glaubte. Völkerrechtlich hätten die NATO-Staaten der Ukraine militärischen Beistand nach Art. 51 der VN-Charta leisten können, wie es einige von ihnen im Falle der Aggression Iraks gegen Kuwait 1991 getan haben. Sie haben es nicht getan, weil eine potentielle Eskalation des Krieges zu einem Nuklearkrieg möglich schien. Zwar muss ein konventioneller Krieg zwischen Nuklearmächten sich nicht zu einem Atomkrieg steigern, wie es im Falle des eng begrenzten Krieges zwischen Pakistan und Indien 1999 auch nicht geschah. Und trotz der Hochrüstung der Großmächte vor 1939 mit Gaswaffen wurden diese Waffen in einem langandauernden Krieg mit Millionen konventionellen Kriegstoten nicht eingesetzt. Aber die nuklearen Abschreckungsgesten Putins warfen die Möglichkeit einer solchen katastrophalen Entwicklung im Falle einer Beteiligung der NATO an der Verteidigung der Ukraine auf.

Es können allerdings kaum Zweifel bestehen, dass die NATO die Eskalation eines konventionellen Krieges zu einem Nuklearkrieg riskieren würde, nicht nur, wenn Russland eine Aggression gegen ein baltisches Land oder Polen begänne, wie sie immer wieder deutlich bekundet, sondern auch gegen Finnland oder Schweden.

Was ist der Unterschied zwischen der Neutralität Finnlands und der der Ukraine, die seit 1991 ein neutraler Staat ist, obwohl sie nach 2014 einen Beitritt zur NATO anstrebte? Der wesentliche Unterschied bestand bis Anfang 2022 unausgesprochen darin, dass sowohl Russland als auch die NATO de facto die Zugehörigkeit Finnlands und Schwedens zum Westen anerkannt haben, aber nicht die von elf Nachfolgestaaten der Sowjetunion in der Nachbarschaft Russlands. Die baltischen Staaten hingegen gehören heute ebenso wie die ehemaligen Staaten der Warschauer Vertragsorganisation, Albanien und die postjugoslawischen Staaten zum Westen, so dass die Jalta-Linie zwischen Demokratie und Autokratie aus dem Jahre 1945 von der Elbe nach Osten verschoben wurde. Wie weit, das ist der politische Gegenstand der Demokratisierungsbestrebungen der teils erfolgreichen, teils gescheiterten „Farbrevolutionen“ in Serbien, Georgien, der Ukraine, Armenien,⁵¹ Belarus und ansatzweise sogar in Russland, auf die das putinistische Russland aus politischer und ökonomischer Ohnmacht mit seiner militärischen West- und Südexpansion reagiert. Somit müssen mit dem faktischen militärischen (nicht politischen

und ökonomischen) Freibrief der NATO für die russländische Aggressionspolitik bis heute auch Moldau, Georgien und Belarus (im Falle eines mittlerweile unwahrscheinlich gewordenen Sturzes des Lukaschenka-Regimes) ebenso wie Kasachstan und die anderen mittelasiatischen Länder leben. Der Westen versichert zwar ständig, dass er keine Interessensphären anerkennt, die das Recht souveräner Staaten, ihren Willen zu einer frei gewählten Bündnismitgliedschaft einschränken, aber sein Verhalten hat fast immer eine andere Denkgangsart verraten. So bestand niemals ein Zweifel, dass die USA während des Ost-West-Konflikts die Entscheidung einer in freien Wahlen an die Macht gelangten kommunistischen Partei in Italien oder Island zu einem Bündnis mit der Sowjetunion nicht tolerieren würden. Eine Mitgliedschaft Kubas im Warschauer Pakt stand deshalb auch nie ernsthaft zur Debatte.

Ein weiterer wesentlicher Unterschied zwischen dem neuen Systemkonflikt und dem historischen Ost-West-Konflikt besteht darin, dass die Grenzen zwischen dem Osten und dem Westen zumindest in Europa – wenn auch nicht in Ostasien und der Dritten Welt – durch die militärische Grenze zwischen den Sowjettruppen und den Truppen der Westmächte zum Zeitpunkt der Kapitulation des Dritten Reiches und seiner Verbündeten klar bestimmt wurde. Demgegenüber ist die Militärgrenze zwischen Russlands autokratischer Machtsphäre und den postkommunistischen

Demokratien zurzeit noch nicht
endgültig festgelegt.

- 1 Die Volksrepublik Donezk wurde am 7. April 2014 ausgerufen und hatte etwa 2,2 Millionen Einwohner, die Volksrepublik Luhansk am 28. April 2014 mit 1,4 Millionen Einwohnern.
- 2 Mitrokhin, Nikolay 2015: Bandenkrieg und Staatsbildung. Zur Zukunft des Donbass, in: Osteuropa 65, Heft 1-2, S. 5-22; Malek, Martin 2014: Moskaus Schlachtpläne. Hintergründe zu Russlands Krieg in der Ukraine, in: Osteuropa 64, Heft 9-10, S. 97-117; Portnov, Andrij 2016: Ausschluss aus dem eigenen Land. Der ‚Donbass‘ im Blick ukrainischer Intellektueller, in: Osteuropa 66, Heft 6-7, S. 171-184; Micheeva, Oksana 2016: Selbstbild im Wandel. Die ‚Volksrepubliken‘ Donec’k und Luhans’k und ihre Kämpfer, in: Osteuropa 66, Heft 6-7, S. 185-203; Aljukov, Maksim 2019: Von Moskaus Gnaden. Genese und Geist der ‚Volksrepublik Donezk‘, in: Osteuropa 69, Heft 3-4, S. 123-131; Saval’eva, Natal’ja 2019: Autonom gestartet, gesteuert geendet. Von Russland unterstützte bewaffnete Gruppen im Donbass, in: Osteuropa 69, Heft 3-4, S. 133-147.
- 3 Korrespondent.net 2014: Doneckaja i Luganskaja narodnye respubliki ob’edynilis’ v Novorossiju, in: Korrespondent.net vom 24. Mai, <https://korrespondent.net/ukraine/politics/3368163-donetskaia-y-luhanskaia-narodnye-respublyky-obedynyls-v-novorossyui>.
- 4 Putin, Wladimir 2022: Rede an die Nation am 21.2., <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/putin-rede-21.2.2022/>; russisch: <http://kremlin.ru/events/president/news/page/8>; englisch: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/67828>. Oficial’nyj internet-portal pravo-voj informacii 2022: Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii ot 21.02.2022, № 71, O priznanii Doneckoj Narodnoj Respubliki, <http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202202220002> und O priznanii Luganskoj Narodnoj Respubliki, <http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202202220001>.
- 5 Putin, Wladimir 2022: Kriegserklärung. Die Ansprache des russländischen Präsidenten am Morgen des 24.2.2022, <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/vladimir-putin-ansprache-am-fruehen-morgen-des-24.2.2022/>; russisch: <http://kremlin.ru/events/president/news/67843>; englisch: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/67843>.
- 6 Putin, Vladimir 2021: Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer, in: Osteuropa 71, Heft 7, S. 51-65.
- 7 Mit seinen immer umfangreicheren Waffenlieferungen übernimmt der Westen eine wachsende Verantwortung für die Kriegsbeendigung und sollte sie diplomatisch auch gegenüber der Ukraine und Russland wahrnehmen. Die Lieferung von deutschen Panzern ist vermutlich kontraproduktiv, da die Bilder von deutschen Panzern in der Ukraine Moskaus psychologische Aufrüstung der Bevölkerung Russlands bedienen werden, die behauptet, Russland verteidige sich gegen eine neue nazistische Aggression gegen Russen und Russischsprachige nach dem Vorbild des Großen Vaterländischen Krieges von 1941 - 45. Viel sinnvoller ist die Lieferung von Panzern aus den USA und Großbritannien, den sowjetischen Alliierten gegen das nationalsozialistische Deutschland, die zudem Garantmächte des Budapester Memorandums von 1994 sind.
- 8 Trtdeutsch 2022: Selenskyj nimmt Abschied von Staats- und Regierungschefs der EU, 26. Februar, <https://www.trtdeutsch.com/news-welt/selenskyj-nimmt-abschied-von-staats-und-regierungschefts-der-eu-8069826>; Brzozowski, Alexandra 2022: Wenn Kyijw fällt droht ‚Dominoeffekt‘ in Europas Nachbarländern, warnt Janša, <https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/interview/wenn-kiew-faellt-froht-dominoeffekt-in-europas-nachbarlaendern-warnt-jansa/>.
- 9 Hemicker, Lorenz 2022: Wie stark sind die ukrainischen Streitkräfte?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Januar, S. 5.
- 10 Braml, Martin/ Felbermayr, Gabriel 2022: Die Logik des Wirtschaftskrieges, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. März, S. 18.
- 11 Jahn, Egbert 2019: Die Zuspitzung der Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau um die Ukraine, in: ders.: Politische Streitfragen, Bd. 5, Krieg und Kompromiss zwischen Staaten und Nationen, Wiesbaden: Springer VS, S. 133-164, hier S. 153-154.
- 12 Siehe hierzu den zweiten Teil des Buches von Aleksandr Dugin unter dem Titel Bitva za Novorossiju (Die Schlacht um Neurussland), in: Dugin, Aleksandr 2015: Ukraina: moja vojna. Geopolitičeskij dnevnik (Ukraine: mein Krieg. Geopolitisches Tagebuch), Moskau: Centrpoligraf..
- 13 Einige westliche Kommentatoren wie der republikanische Senator Lindsey Graham aus South Carolina in den USA rufen nach einem Brutus, der den cäsaristischen Tyrannen ermorden solle oder nach einem „effizienteren Stauffenberg“, Schmoll, Thomas 2022: „Gibt es einen Brutus in Russland“, in: ntv vom 1. April,

<https://www.n-tv.de/politik/Gibt-es-einen-Brutus-in-Russland--article23240969.html> . Andere fordern Putin auf, sich nach dem Vorbild des Aggressionskriegsherren Adolf Hitler selbst umzubringen.

14 Ivašov, Leonid G.: *Rossija i mir v novom tysjačiletii. Geopolitičeskie problemy* (Russland und die Welt im neuen Jahrtausend. Geopolitische Probleme), Moskau 2000.

15 Galeotti, Mark 2022: *Anti-War Broadside Highlights Nationalist Critique of Putin*, in: *The Moscow Times* vom 7. Februar, <https://www.themoscowtimes.com/2022/02/07/anti-war-broadside-highlights-nationalist-critique-of-putin-a76280>; Schmidt, Friedrich 2022: *Alte Kämpen gegen Putin*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. Februar, S. 4.

16 Die anhand der intensiven Beschäftigung mit der Sowjetideologie und Sowjetpropaganda herausgearbeiteten Erkenntnisse sind m. E. auch heute noch von Relevanz: Jahn, Egbert 1986: *Der Einfluß der Ideologie auf die sowjetische Außen- und Rüstungspolitik*, in: *Osteuropa* 36, Hefte 5, 6 und 7, S. 356-374, 447-461, 509-521.

17 Siehe Putin 2021 (Anm. 6).

18 Schuller, Konrad 2013: *Im Osten nichts Neues*, in: *Internationale Politik*, Heft 2, <https://internationalepolitik.de/de/im-osten-nichts-neues>.

19 Putin 2021 (Anm. 6), S. 57.

20 Dies wird nach wie vorher weithin übersehen, siehe Goodman, Elliot R. 1960: *The Soviet Design of a World State*, New York/ London: Columbia U.P. und Jahn, Egbert 2012: *Die Außenpolitik Russlands*, in: Staack, Michael (Hg.): *Einführung in die Internationale Politik*, 5. Aufl., München: Oldenbourg, S. 269-305, hier S. 275-277.

21 Naumann, Florian 2022: *Schweden und Finnland im Nato-Dilemma: Kreml droht offen mit ‚Vergeltung‘*, in: *Merkur.de* vom 17. März, <https://www.merkur.de/politik/grenze-ukraine-konflikt-schweden-finnland-russland-nato-beitritt-gotland-aktuell-91409040.html>. Siehe auch: Ålander, Minna/ Paul, Michael 2022: *Moskau bedroht die Balance im hohen Norden*, *SWP-Aktuell A 19*, <https://www.swp-berlin.org/publikation/moskau-bedroht-die-balance-im-hohen-norden>.

22 *til/dpa/Reuters* 2020: *Medwedew droht Nato im Fall von Aufnahme Schwedens und Finnlands*, in: *SPIEGEL Ausland* vom 14. April, <https://www.spiegel.de/ausland/dmitrij-medwedew-droht-nato-im-falle-von-aufnahme-schwedens-und-finnlands-a-1495e71a-6cba-42cd-867e-027c74dd456c>.

23 Assheuer, Thomas 2022: *In Putins Weltbild ist Russland ein Reich des Widerstands gegen den Westen. Das zeigen auch seine bizarren Lektüren*, in: *Die ZEIT* vom 2. März, S. 59.

Assheuer stützt sich auf eine gründliche Untersuchung des Denkens von Putin: Eltchaninoff, Michel 2016: *In Putins Kopf. Die Philosophie eines lupenreinen Demokraten*; aktualisierte Neuauflage 2022 unter dem Titel: *In Putins Kopf. Logik und Willkür eines Autokraten*, Stuttgart: Cotta-Tropen.

24 Iljin, Iwan 2016: *Wesen und Eigenart der russischen Kultur. Drei Betrachtungen*, Wachtendonk: Edition Hagia Sophia; ders. *Naši zadači* (Unsere Aufgaben), Paris 1956, Neuauflagen Jordanville 1991, Moskau: Ozon 2014.

25 Solowjew, Wladimir 1976: *Die Rechtfertigung des Guten. Eine Moralphilosophie*, München: Erich Wewel Verlag.

26 Berdyaev, Nicholas 2015: *The Philosophy of Inequality: Letters to my Contemners, Concerning Social Philosophy*, frsj Publications (Filosofija reravenstva. Pis'ma k nedrugam po socialnoj filosofii, Berlin 1923); Berdjajew, Nikolai 2018: *Das Schicksal Russlands. Versuche über die Psychologie des Krieges und der Nationalität*, Baden-Baden: Academia Verlag; Berdjajew, Nikolai 1957: *Wahrheit und Lüge des Kommunismus*, Baden-Baden: Holle.

27 Dugin 2015 (Anm. 10).

28 Pollack, Detlef 2022: *Der heilige Krieg des Patriarchen*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14. März, S. 11. Allgemein zur Kirche siehe Bremer, Thomas 2016: *Diffuses Konzept. Die Russische Orthodoxe Kirche und die ‚Russische Welt‘*, in: *Osteuropa* 66, Heft 3, S. 3-18

29 Putin 2021 (Anm. 6), S. 52.

30 Gutschker, Thomas/ Wyssuwa, Matthias 2020: *Auf der Überholspur? Wie Schweden und Finnland in die NATO kommen könnten*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19. März, S. 10.

31 Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen: „Keine Bestimmung der vorliegenden Satzung beeinträchtigt das Naturrecht individueller oder kollektiver Selbstverteidigung, wenn ein Angriff mit Waffengewalt gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen erfolgt, bis der Sicherheitsrat die zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat....“

Kappeler, Andreas 2022: *Kleine Geschichte der Ukraine*, 8. Aufl., München: Beck.

32 Kreuzberger, Stefan 2015: Die Legende vom Wortbruch. Russland, der Westen und die NATO-Osterweiterung, in: Osteuropa 65, Heft 3, S. 95-108. Siehe auch: Goldgeier, James 2016: Promises made, promises broken? What Yeltsin was told about NATO in 1993 and why it matters, <https://warontherocks.com/2016/07/promises-made-promises-broken-what-yeltsin-was-told-about-nato-in-1993-and-why-it-matters/>; Adomeit, Hannes 2022: Die Nato habe versprochen, sich nicht nach Osten auszudehnen, sagt Putin – stimmt das?, in: Neue Zürcher Zeitung vom 20. Februar, <https://www.nzz.ch/international/hat-die-nato-bei-der-ost-erweiterung-gegenueber-russland-gelogen-ld.1669445?reduced=true>.

33 Neuerdings wird gern behauptet, dass eine Aufnahme der Ukraine in die NATO bald nach 2008 den gegenwärtigen Krieg in der Ukraine verhindert hätte, da dann die nukleare Abschreckung im Falle eines Angriffs auf das NATO-Mitglied Ukraine Russland von einem Angriffskrieg abgehalten hätte, Chodorkowski/de Maizière 2022: Muss der Westen mitkämpfen? In: Die ZEIT vom 31. März 2022, S. 10. Das Argument vernachlässigt, dass damals noch eine große Mehrheit der Ukrainer gegen einen NATO-Beitritt war und sie bei den Präsidentschaftswahlen 2010 noch einmal für Wiktor Janukowytsch von der mit Russland verbundenen „Partei der Regionen“ stimmte.

34 Mitglieder sind Russland, Belarus, Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan. Vorläufer war der 1992 geschlossene Vertrag für Kollektive Sicherheit, dem bis 1999 auch Georgien, Aserbajdschan und Usbekistan angehörten, letzteres nochmals 2006 bis 2012.

35 Mitglieder sind Russland, Belarus, Armenien, Kasachstan, Kirgisistan.

36 Mitglieder sind China, Russland, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Usbekistan, Indien und Pakistan. Sie vertreten vierzig Prozent der Weltbevölkerung. Beobachterstatus besitzen Belarus, Iran, Afghanistan und Mongolei.

37 Demircan, Ozan 2022: Putins letzte Freunde – Diese Länder dulden oder unterstützen den Angriffskrieg, in: Handelsblatt vom 8. März, <https://www.handelsblatt.com/politik/ukraine-krieg-putins-letzte-freunde-diese-laender-dulden-oder-unterstuetzen-den-angriffskrieg/28117542.html>; Focus 2022: Abstimmung über Kriegsresolution. 4 Russland-Freunde, 34 Enthalter. Das sind die Abweichler, in: Focus online vom 4. März, https://www.focus.de/politik/ausland/ukraine-krise/abstimmung-ueber-kriegsresolution-4-russen-freunde-34-enthaltungen-diese-un-laender-weichen-von-resolution-ab_id_61864292.html.

38 Transnistrien hatte bereits im April 2014 einen Antrag, in die Russländische Föderation aufgenommen zu werden, gestellt.

39 Reden und Kundgebungsbeiträge der Ostermärsche 2022, <https://www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2022/reden>.

40 Sawicki, Rebecca 2022: Zur Ethik und Moral im Ukrainekrieg, in: Watson vom 30. März, <https://politik.watson.de/international/die%20andere%20perspektive/440856125-ukraine-krieg-kapitulation-eine-frage-von-ethik-und-moral-im-krieg>.

41 Jahn, Egbert 2019: Historische Singularität oder universale Bedeutung der gewaltfreien Politik Mohandas K. Gandhis, in: Politische Streitfragen, Bd. 5, Krieg und Kompromiss zwischen Staaten und Nationen, Wiesbaden: Springer VS, S. 111-132.

42 Schon während des Krieges gibt es in den von russländischen Truppen neuerdings besetzten Städten wie Cherson eindrucksvolle Aktionen des gewaltlosen Widerstands, Stadtmann, Ulrich 2022: Alternative Verteidigung. Soziale Verteidigung in militärisch eroberten Städten, in: Bund für Soziale Verteidigung. Rundbrief 1/2022, S. 3-4. Sie wird es vielleicht auch noch nach einem Ende der Kriegshandlungen geben.

43 Wintersteiner, Werner 2022: Der unterschätzte Widerstand – Gewaltfreie Aktionen in der Ukraine, in: Lebenshaus Schwäbische Alb, <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/014176.html>.

44 Es ist unbekannt, ob es eine nennenswerte Zahl von russländischen und ukrainischen Kriegsdienstverweigerern gibt, die nicht in den Westen fliehen wollen oder können. Auch über den Umgang der ukrainischen und russländischen Behörden und der großen Mehrheit der Bevölkerung mit ihnen gibt es bislang anscheinend keine Informationen.

45 Kölling, Martin 2022a: Japan, Australien und die USA rücken militärisch näher zusammen, in: Neue Zürcher Zeitung vom 10. Januar, <https://www.nzz.ch/international/die-usa-japan-und-australien-ruecken-militaerisch-zusammen-ld.1663807>; Kölling, Martin 2022b: Japan und Australien stärken Militärkooperation – und legen so den Grundstein für ein weiteres Bündnis, in: Handelsblatt vom 10. Januar, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/geopolitik-japan-und-australien-staerken-militaerkooperation-und-legen-so-den-grundstein-fuer-ein-weiteres-buendnis/27960528.html>.

46 Roggeveen, Sam 2021: Eine Frage des Interesses, in: IPG-Journal vom 5. Oktober, <https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/eine-frage-des-interesses-5469/>.

47 Siehe hierzu Jahn, Egbert 2019: Inseln im Südchinesischen Meer als Konfliktherd für einen potentiellen Dritten Weltkrieg, in: Politische Streitfragen, Bd. 5, Krieg und Kompromiss zwischen Staaten und Nationen, Wiesbaden: Springer VS, S. 47-68.

48 Babst, Andreas 2021: Die Quad will China entgegentreten, wenn auch nicht offiziell, in: Neue Zürcher Zeitung vom 14. März, <https://www.nzz.ch/international/asien-die-quad-gruppe-will-china-entgegentreten-ld.1606366?reduced=true>.

49 Sattar, Majid 2021: Biden: Würden Taiwan bei Angriff verteidigen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Oktober, S. 1, 2 und 8.

50 Hano, Johannes 2022: Interview des Zweiten Deutschen Fernsehens mit John Bolton am 24. März, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/john-bolton-ukraine-krieg-trump-biden-putin-100.html>.

51 Armenien ist trotz seiner starken Demokratisierungstendenzen, insbesondere im Jahre 2018, in einer Sondersituation, da es wegen seiner Konfrontation in der Bergkarabach-Frage mit Aserbaidschan, das von dem NATO-Staat Türkei unterstützt wird, auf die Sicherheitsgarantien Russlands angewiesen ist.